

Innerbetrieblich top, national flop

Wie die UEL den Sozialdialog im Land „dynamisieren“ will

LUXEMBURG Innerbetrieblich top, national flop: So sieht die „Union des Entreprises Luxembourgeoises“ derzeit den Sozialdialog im Land, dessen Qualität der Verwaltungsrat des Dachverband der Arbeitnehmerverbände kürzlich analysiert hat. Der nationale Sozialdialog könne nicht nützlich funktionieren, wenn er „extrem politisiert und mediatisiert“ werde, meint der UEL-Vorsitzende Michel Wurth, für den die klassischen „Tripartiten“ nur in Krisensituationen zusammen sollten und die Regierung ansonsten die Sozialpartner konsultieren und anschließend ihre politische Verantwortung übernehmen solle. Ausbaubar ist Wurth zufolge der Dialog im Rahmen des europäischen Semesters: Es handelt sich dabei um Gesprächsrunden zur Koordinierung der nationalen Haushalts- und Reformentwürfe vor den Berichten an die EU-Kommission und den Beschlüssen in den nationalen Parlamenten.

Die Sitzungen, die vom Wirtschafts- und Sozialrat organisiert werden, sind relativ „trocken“, mit viel Zahlenmaterial und Präsentationen von Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern. Eine echte Debatte entfaltet sich dabei in der Regel nicht. Wurth meint aber, dass klare Stellungnahmen der Regierung zu den Ansätzen der Sozialpartner eine solche fördern könnte



Viel Tadel und ein wenig Lob für die Regierung gab es von UEL-Präsident Michel Wurth

Foto: Hervé Montaigu

und die vorgelegten Analysen noch einmal innerhalb des WSR diskutiert werden könnten um Synthesen herzustellen, die verschiedenen Institutionen innerhalb und außerhalb Luxemburgs dienlich sein könnten.

Wurth nutzte die Gelegenheit, um noch einmal die Reform der Arbeitszeitregelung zu kritisieren, die am Ende nicht zu der Flexibilisierung führe, die sich die Arbeitgeber wünschen. Den

Unternehmen sei es darum gegangen, gemeinsam mit den Belegschaften Wege zu finden, um periodisch hohe Arbeitsbelastungen im Betrieb besser schultern zu können - mehr arbeiten, wenn mehr Arbeit da ist und weniger, wenn weniger Arbeit anfällt. Im Gegenzug habe die UEL Maßnahmen für einen besseren Ausgleich von Berufs- und Familienleben und Reformen wie die des Elternurlaubs unterstützt. Dass die Regierung nach langen Verhandlungen unilateral entschieden hat, bis zu dreieinhalb zusätzliche Urlaubstage zu gewähren, je nachdem wie lange die vom Arbeitgeber gewählte Referenzperiode für die Arbeitszeitorganisation ist, laufe den Interessen der Unternehmen zuwider.

Etwas Lob für die Regierung gab es dann doch: In Sachen Diversifizierung und Modernisierung der Wirtschaft sowie bei den Investitionen in die Zukunft tue sie sich hervor. Gelobt wurde auch die Initiative für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in enger Zusammenarbeit mit den Unternehmen. Die UEL spricht sich für einen Ausbau solcher Projekte aus und werde selbst auch Vorschläge dazu machen. Eine Hypothek auf die Zukunft ist in den Augen des Verbands indes, dass die Regierung mittelfristig ein strukturelles Defizit bei den Staatsfinanzen ins Auge fasse, statt ein Plus anzupeilen. CLK